



Zeitung der Basisorganisation DIE LINKE Schwedt

DIE LINKE.

Nr. 01/2021

Liebe Uckermärkerinnen und Uckermärker,

es war ein merkwürdiger Jahreswechsel, den wir erleben mussten. Weihnachten und Silvester unter Pandemiebedingungen, ohne Weihnachtsmarkt und große Familienfeste. Das vergangene Jahr stellte uns alle vor große Herausforderungen. Die Einschnitte im täglichen Leben hinterlassen ihre Spuren und Sorgen, und Existenzängste sind mehr als verständlich. Die notwendigen Einschränkungen der persönlichen Kontakte auf ein Minimum war und ist für viele Menschen eine erschütternde Erfahrung, die einen verzweifeln lassen kann.

Auch das neue Jahr fängt nicht besser an als das alte endete. Weiterhin begleitet uns der Lockdown. Es ist keine leichte Zeit für uns Bürger*innen, aber eine, die wir gemeinsam überstehen müssen und werden. Das zögerliche Handeln der Bundesregierung im Herbst macht dieses Herunterfahren des öffentlichen Lebens leider notwendig.

Sollten wir deshalb den Kopf in den Sand stecken? Nein, das denke ich nicht! Es wird wieder besser werden. Körperliche Distanz heißt nicht soziale Distanz. Wie wir solidarisch aus dieser Krise kommen, würde ich gerne persönlich mit ihnen besprechen.

Sobald es das Pandemiegesehen zulässt, möchte ich gern auch bei ihnen in der Region vorbeikommen. Wie wir das erreichen können, ist bis jetzt noch nicht absehbar, aber wir lassen uns etwas einfallen. Versprochen!

Bis dahin wünsche ich ihnen eine gute Zeit, einen guten Start ins neue Jahr und ganz viel Gesundheit.

Ihre Isabelle Czok-Alm

Direktkandidatin für die Bundestagswahl im Wahlkreis 57 für DIE LINKE

Aus dem Inhalt:

Neujahrsgruß Isabelle Czok-Alm	S.1
Frieden schaffen auch mit Waffen?	S.2
Streitgespräch Sicherheitspolitik	S.3
Argumentationshilfen für friedens- und kommunalpolitische Initiativen	S. 4
35 Jahre Tschernobyl, 10 Jahre Fo- kushima, Leben mit dem Super-Gau	S.6
Termine/Arbeitsplan, Geburtstage	S.8



V.i.S.d.P. Heiko Poppe
Am Markt 6,
16278 Angermünde

Bild:
Copyright Jossi Rücker

Frieden schaffen – auch mit Waffen?

Im Streitgespräch über linke Sicherheitspolitik

Auszug aus nd DIE WOCHE, Sonnabend/Sonntag 6./7. Februar 2021

Jan Frielinghaus und Aert von Riel führten ein Interview über die friedenspolitischen Grundsätze der Linken mit Özlem Allier Demirel (Europaabgeordnete der Linken, u. a. Vizevorsitzende im Unterausschuss für Sicherheit und Verteidigung des Europaparlaments) und Mathias Höhn (Mitglied des Bundestages und sicherheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion).

Der Artikel wurde auf 3 Schwerpunkte reduziert:

1. Geostrategische Interessen der „Militärmacht EU“

Demirel

Höhn

Die internationale Politik hat sich zugespitzt.

Dabei spreche ich von einer vertieften Krise und verschärften Kämpfen um Ressourcen.

Den agierenden Mächten geht es um die Verteidigung oder den Aufbau von Vorherrschaft, um Absatzmärkte und Ressourcen.

Die EU-Strategen sprechen offen aus, dass da, wo die ökonomische Macht der EU nicht mehr reicht, man die militärische Macht brauche.

Die Linke kritisiert die aktuelle Politik der EU in Europa zu Recht.

Mein Diskussionsangebot beinhaltet eine Reihe von Abrüstungsvorschlägen.

Es sollte nicht so getan werden, als würde ich in den Aufrüstungsdiskurs der "Militärmacht Europa" einsteigen.

Obwohl die EU ein globaler Akteur ist, hat die jüngste Vergangenheit gelehrt, dass sie nicht in der Lage ist, auf Ereignisse zu reagieren/agieren.

Wer mehr an europäischer Politik entwickeln will, muss auch über mehr Eigenständigkeit gegenüber der USA diskutieren.

Für die jetzige EU fordere ich nicht eine gemeinsame Armee, sondern ich plädiere zu allererst für eine Verkleinerung der Bundeswehr und eine drastische Reduzierung des Verteidigungshaushalts.

Fortsetzung Seite 3



Deutschland meldet Nato-Rekord-Ausgaben

Deutschland hat der Nato erneut Verteidigungsausgaben in Rekordhöhe gemeldet. Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur übermittelte die Bundesregierung für das laufende Jahr einen Betrag von 53,03 Milliarden Euro in die Brüsseler Bündniszentrale. Das entspricht einer Steigerung um 3,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Für 2020 waren die Ausgaben zuletzt auf 51,39 Milliarden Euro beziffert worden.

nd Der Tag vom 8. Februar 2021

2. Mit welchen politischen Kräften ließe sich aktuell eine Entmilitarisierung der EU vorantreiben?

Demirel

Höhn

Wir sagen Ja zur Diplomatie und Deeskalation und Nein zur Aufrüstung.

Mein Ziel ist es, für unsere linken Ansätze Mehrheiten zu gewinnen.

Unsere Aufgabe ist es darüber aufzuklären, was derzeit in der EU passiert.

Ohne Mitte-Links-Bündnisse, national oder in Europa, sind wir gegen eine weitere Militarisierung der EU nicht wirksam.

Wir müssen uns darauf fokussieren, wie wir mit Friedensbewegungen zusammen dies durchsetzen können.

Es bedarf eines Konzepts mit konkreten Vorschlägen und nicht nur eines der Selbstvergewisserung.



Wir Linken sollten nicht darauf verzichten, Visionen zu beschreiben.

Außer uns gibt es derzeit im Bundestag keine Partei, die Abrüstungsvorschläge macht.

3. Zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr

Demirel

Höhn

Das Alleinstellungsmerkmal der Linken ist, dass sie sich konsequent gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr stellen. Es würde sie schwächen, wenn sie das nicht täten.

Ein Großteil der Bevölkerung ist mit uns einer Meinung, was bestimmte Auslandseinsätze betrifft; nur sie wählen uns nicht.

Mit den Linken gibt es keine Kriegseinsätze.

Ich glaube, dass sie uns nicht wählen, weil sie uns nicht zutrauen, praktisch etwas zu verändern.

**Auswahl und Kurzzusammenfassung
Monika Gohl**

Die Bundeswehreinsätze in Afghanistan, Mali, Somalia und andere Missionen müssen beendet werden. Bei anderen Einsätzen/Missionen müssen Kurskorrekturen erfolgen.

Erster Schritt zu bewaffneten Drohnen

„Mit der Eurodrohne steigt Deutschland in die Produktion von Militärdrohnen ein. Die Eurodrohne ist kein Aufklärungssystem, wie der Koalitionsausschuss behauptet, sondern sie ist von Anfang an bewaffnungsfähig geplant. Auch wenn jetzt zunächst in Deutschland auf die Bewaffnung verzichtet wird, so ist doch klar: Es geht hier um eine militärisch nutzbare Drohne. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer erklärt ja schon öffentlich, dass die Kooperationspartner die Eurodrohne bewaffnen werden und sie schlussendlich eine bewaffnete Drohne werden wird“, erklärt Tobias Pflüger, verteidigungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

Pflüger weiter: „Die Bundesregierung muss die Beschaffung der Eurodrohne stoppen. Die Eurodrohne wird den Bundeshaushalt Millionen kosten. Solche Ausgaben sind in Zeiten von Corona völlig deplatziert. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer handelt völlig unverantwortlich. Denn die Eurodrohne ist nur eines von insgesamt 51 Rüstungsprojekten im Wert von jeweils über 25 Millionen, die das Verteidigungsministerium im ersten Halbjahr 2021 durch den Bundestag drücken will. Der tatsächliche Gesamtwert dieser Anschaffungen wird dem Verteidigungsausschuss aber bis heute vorenthalten. Annegret Kramp-Karrenbauer muss jetzt endlich die Karten auf den Tisch legen und die Gesamtsumme nennen. Die Bundesregierung muss jetzt offenlegen, was die Eurodrohne die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler kosten wird.“



Pressemitteilung von Tobias Pflüger
04. Februar 2021

Argumentationshilfen für friedenspolitische Initiativen in der Kommunalpolitik

Auszug aus den Ergebnissen der 1. Friedenskonferenz des kommunalpolitischen Forums Land Brandenburg e. V. vom 26.09.2020 in Bad Belzig



Grundsätzliche Argumente für den Frieden

Krieg und Militärübungen sind umweltschädlich und verbrauchen enorme Ressourcen (z. B. Puma-Panzer: 100 l Diesel/100 km).

Krieg widerspricht dem Erhalt der Welt, da die Auswirkungen auf Natur (z. B. Verseuchung der Böden) oder die Zerstörung von unwiederbringlichem Kulturgut dauerhaft sind.

Das Zusammenleben von Menschen wird auch nach Kriegen noch über Generationen beeinträchtigt (z. B. durch posttraumatische Belastungsstörungen, Bombenentschärfungen in Innenstädten, Kriegsinvaliden).

Das Militär entzieht der Volkswirtschaft Arbeitskräfte (z. B. Ärzte).

Krieg tötet Menschen, zerstört Familien und Freundschaften.

Die prekäre wirtschaftliche Situation von Menschen und die allgemeine Angst werden ausgenutzt, um insbesondere junge Menschen für einen Dienst an der Waffe zu begeistern.

Die Relativierung von Krieg und seinen Auswirkungen durch Jugendoffiziere an Schulen ist eine bewusste Täuschung.

Das Geld für Rüstungsgüter kann sinnvoller eingesetzt werden (z. B. für Bildung, Pflege oder Ressentiments = Vorurteile und Fremdenhass abbauende Projekte und Patenschaften).

Wenn genauso viel Geld für Entwicklungszusammenarbeit (21,75 Milliarden) wie für Rüstung (51 Milliarden) ausgegeben werden würde, wäre die Welt friedlicher.



Argumente gegen Kritik an friedenspolitischen Maßnahmen

„Wir brauchen das Militär zur Verteidigung.“ Vor wem? Wer greift uns an? Die Vereinten Nationen wurden nach dem 2. Weltkrieg gegründet und ihre zentrale Mission ist der Erhalt von internationalem Frieden und Sicherheit. Das tun sie, indem sie Konflikten vorbeugen, Konfliktparteien helfen, Frieden zu schließen, Frieden sichern und Bedingungen schaffen, unter denen der Frieden bestehen kann. Deutschland ist Mitglied der Vereinten Nationen und vorbeugen heißt, Waffen gar nicht erst zu produzieren. Frieden sichert man zudem am besten ohne Waffen.

„Wenn wir die Waffen nicht liefern, macht es ein Anderer.“ Wir haben uns irgendwann für die Demokratie entschieden und andere Staaten haben es sich abgeschaut. Einer muss den Anfang machen. Wenn Deutschland nicht ganze Rüstungsfabriken und aufrüstbare Waffensysteme verkaufen würde, dann wären die rüstungstechnischen Rahmenbedingungen in anderen Ländern wesentlich schlechter. Aktuell belegt Deutschland weltweit den vierten Platz bei den Rüstungsexporten.

Auch wenn bei uns keine Atomwaffen stationiert sind, ist deren Reichweite mittlerweile unbegrenzt und eine Detonation zerstört und strahlt weit über kommunale Grenzen hinaus. Der Atom Müll wird meist in wieder anderen Kommunen gelagert. Klimaschutz endet auch nicht an der Gemeinde- oder Stadtgrenze.

Dass Friedenspolitik Außenpolitik ist stimmt, aber es sind Städtepartnerschaften, die den Toleranzgedanken fördern und damit lebendiger machen als reine diplomatische Theorie. Kriegsflüchtlinge werden zudem in den Städten und Gemeinden untergebracht und nicht im Außenministerium.

Weil eine Kommune alleine nicht soviel ausrichten kann, gibt es das Bündnis "Bürgermeister für den Frieden". Denn gemeinsam ist man stark und wird eher gehört.

35 Jahre Tschernobyl – 10 Jahre Fukushima

Leben mit dem Super- Gau



Tschernobyl und Fukushima sind zwei Ortsnamen, die als Synonyme für die Gefahr der Atomkraft stehen. Keine der Gefahren der Atomkraft, vom dreckigen Uranabbau über den gefährlichen Reaktorbetrieb bis hin zum Umgang mit dem noch viele tausende Generationen strahlenden Atommüll, ist auch nur ansatzweise beseitigt.

Der 26. April 1986 und der 11. März 2011 sind keine vergessenen Daten. Aber mit den Jahren wird ihre Bedeutung immer mehr verdrängt. Deshalb bieten Jahrestage die Gelegenheit, Erinnerungen wachzuhalten und zu erneuern. Niemals zu vergessen, dass solche Katastrophen nicht an Ländergrenzen haltmachen.

Noch immer gibt es Länder, die neu in die Nutzung der Atomenergie einsteigen wollen. So wie es aktuell auch Polen will. Und das, obwohl die Kosten für die Erzeugung von Atomstrom inzwischen höher sind als die für erneuerbare Energien.

Wenn wir in der Uckermark einer solchen Katastrophe, wie in Japan oder in Belarus, dem am meist verstrahlten Gebiet nach Tschernobyl, entgehen wollen, müssen wir die Initiative „Atomkraft frei leben in der Uckermark“ erneut mobilisieren.

Eine der gefürchtetsten Spätfolgen der Radioaktivität ist die Entstehung von Krebserkrankungen durch die Mutation der DNA. Besonders früh tritt Schilddrüsenkrebs bei Kindern auf. Deshalb ist es wichtig, die Kinder in den noch verstrahlten Gebieten und auch die Nahrungsmittel, die sie essen, regelmäßig auf radioaktive Strahlung zu messen.

Über diese sehr aufwändige Arbeit, besonders in den ländlichen, noch immer verstrahlten Gebieten von Belarus, berichteten die Wissenschaftler vom Unabhängigen Institut für Strahlensicherheit BELRAD aus Minsk in den letzten Jahren mehrfach in den Schulen des Landkreises oder in Veranstaltungen. Viele Menschen der Uckermark und entlang der Oder unterstützten und unterstützen diese Arbeit des Solidaritätsdienstes International (SODI). Einen besonderen Schwerpunkt bildet dabei die Dorfschule Otwerschitschi. Es ist die Patenschule der SODI-Gruppen entlang der Oder.

Das Unabhängige Institut für Strahlensicherheit benötigt dringend 35.000 Euro für eine neue mobile Messstelle, die mindestens 10 Jahre arbeiten kann. Diese Untersuchung der Kinder und ihrer Nahrungsmittel auf radioaktive Verstrahlung ist die notwendige Grundlage für medizinische Behandlungen und Pektinkuren.

Uns, den SODI-Gruppen entlang der Oder, fehlen noch 8.000 Euro, um dieses Ziel bis zum 35. Jahrestag von Tschernobyl zu erreichen. Unser Ziel ist, am 26. April das Geld für das Fahrzeug der mobilen Messstelle zu übergeben.

Aber durch Corona bedingt konnten viele Aktivitäten, wie Vorträge, Diskussionsabende, Benefizkonzerte, Spendenläufe und vieles anderes, nicht stattfinden.

Bitte seien sie solidarisch und helfen sie den Kindern, die erst Jahre nach der Katastrophe geboren wurden, aber mit deren Folgen leben müssen, mit einer Spende. Jeder Euro zählt.

Internationale Solidarität ist und bleibt die Zärtlichkeit der Völker!

Spenden können direkt an das Konto von SODI gehen:

SODI e.V.

IBAN: DE 33 1002 0500 0001 0201 00

Kennwort: Tschernobyl

oder werden bei ihnen nach Anruf unter Telefon 03332/291771 von Frau Dannehl an der Haustür abgeholt.

Information: Eine Ausstellung "Zerstörtes Leben – verlorene Welt" von Andrea Johlige, Landtagsabgeordnete DIE LINKE, soll am 26.04.2021 in der Volkshochschule Schwedt in ihrem Beisein eröffnet werden.



Christa Dannehl

Termine/Arbeitsplan Basisorganisation Schwedt zur Zeit ausgesetzt

Fraktion

16.03.2021	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum 1.OG Raum 207
17.03.2021	SVV Schwedt	16:00 Uhr ubs
25.05.2021	Fraktionssitzung	17:00 Uhr Fraktionsraum 1. OG Raum 207



wünscht allen
Genossinnen,
Sympathisantinnen,
Freundinnen,
Omas und Uromas,
allen Mädels

DIE LINKE Schwedt

Herzlichen Glückwunsch zum Jubiläum!

29.03.2021	Erich Dannehl	zum 90. Geburtstag
14.04.2021	Renate Fuchs	zum 90. Geburtstag
21.04.2021	Lienhard Knochenmuß	zum 70. Geburtstag



Herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag!

16.03.2021	Tess Itzenplitz	Valente Ribeiro	zum 22. Geburtstag
28.03.2021	Herbert Splinter		zum 83. Geburtstag
29.03.2021	Lothar Falkenberg		zum 62. Geburtstag
02.04.2021	Lutz Schüler		zum 78. Geburtstag
04.04.2021	Ruth Hebenstreit		zum 87. Geburtstag
13.04.2021	Gisela Ufer		zum 88. Geburtstag
20.04.2021	Ingrid Nitzsche		zum 86. Geburtstag
22.04.2021	Walter Andersson		zum 93. Geburtstag

KoppHoch erscheint aller zwei Monate. Wir freuen uns über jeden neuen Abonnenten, der die Herausgabe mit einer Jahresspende von mindestens 3,00 € unterstützt. Redaktionsschluss der Ausgabe 01-2021: 23.04.2021

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE
Basisorganisation Schwedt

V.i.S.d.P.:

I. Giel

Redaktion:

M. Gohl, I. Giel, T. Andres

Gestaltung:

M.+I. Giel

Vertrieb:

Geschäftstelle der Partei
DIE LINKE Schwedt

Sprechzeiten

Geschäftsstelle

nach Bedarf bzw. Tel. 415810

Finanzen

(neu: keine Bargeldeinzahlung)
Mo, 29.03.2021, 10 bis 12 Uhr
Mo, 26.04.2021, 10 bis 12 Uhr
Mo, 31.05.2021, 10 bis 12 Uhr
Spenden werden weiter entgegen-
genommen.

Kontakt und Adressen

DIE LINKE

Basisorganisation Schwedt/Oder
Auguststraße 2, 16303 Schwedt

e-mail:

schwedt@dielinke-uckermark.de

Tel.: (03332) 31928

Webseite:

www.dielinke-uckermark.de